Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 14. **Freitag** den 9. Januar 1903. **97. Jahrgang.**

Die Kriegsbereitschaft der französischen Flotte.

≈ Es ist nur erklärlich, daß die lebhaften und erregten Debatten, die in den letzten Wochen des verflossenen Jahres in der französischen Deputiertenkammer über den Neubau von Kriegsschiffen und über die Verminderung der Besatzungsstärken des Mittelmeergeschwaders geführt worden sind, noch immer ihr Echo in der ausländischen Presse finden und dort vielfach zu Erörterungen über die zukünftige Kriegsbereitschaft der französischen Flotte führen. Als Ausgangspunkt wird hierbei an die verschiedenen Fragen angeknüpft, die der Deputierte M. Reille im Laufe der Diskussionen über die oben genannten Punkte an den gegenwärtigen Marineminister richtete und die in dem Satze gipfelten: Was denn aus der französischen Flotte und weiter aus Frankreich geworden wäre, wenn unerwartet am 20. Oktober d. J. der Krieg erklärt und Tags zuvor das Mittelmeergeschwader um 1900 Mann seines Friedenseffektivbestandes vermindert worden wäre? Der Minister hat auf alle Angriffe seiner Gegner immer nur dieselbe Antwort gehabt, daß nach seinem Dafürhalten ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Mittelmeer- und Nordgeschwader nicht bestehe, daß letzteres, ohne an seiner Kriegsbereitschaft etwas einzubüßen, während der Wintermonate stets auf herabgesetztem Etat gehalten werde, und daß er zu Ersparnissen gezwungen sei, um u. a. den notwendigen Ausbau der so überaus wichtigen und vernachlässigten Flottenstützpunkte Saigon und Diégo-Suarez endlich durchführen zu können.

Eine Gleichbewertung der beiden in Rede stehenden Geschwader läßt sich schwerlich aufrecht erhalten, wenn man den lehrreichen Bericht, den Anfang dieses Jahres der ehemalige Marineminister und Budgetberichterstatter M. Lockroy veröffentlichte, einer erneuten Durchsicht unterzieht und darin findet, daß die oberste Leitung der Marine nach wie vor das Hauptgewicht darauf legen werde, die Hauptseestreitkräfte, ausschließlich modernsten Materials, im Mittelländischen Meere zu konzentrieren und hier im Verein mit der Reservedivision den entscheidenden Schlag zu führen, falls es je zu einem Kriege gegen England kommen sollte. Gegenüber den in diesem Meere beabsichtigten offensiven Tendenzen solle die Defensive im Aermelkanal das entscheidende Prinzip bleiben und dazu hier nur ein schwaches Panzergeschwader, verstärkt durch zahlreiche Kreuzer einheitlichen Typs versammelt werden. M. Lockroy betonte in seinem Berichte ferner, daß auf dieser Basis die ganze zukünftige Gestaltung der Marine aufgebaut werden und in sachgemäßer Prüfung alles neu zu schaffenden Materials an Grundsätzen festgehalten werden müsse, deren Richtigkeit über jeden Zweifel erhaben und auch von fast allen Marineautoritäten anerkannt seien. Im Zusammenhange mit diesen Ausführungen ist es auch nur verständlich, wenn M. Lockroy jetzt in dem heftigen Streite der Meinungen dem Marineminister entgegengehalten hat, daß das Mittelmeer das Schlachtfeld der Zukunft sei, daß sich hier die Geschicke Frankreichs entscheiden würden, und daß deshalb das in diesem Meere versammelte Geschwader als ein integrierender Teil der französischen Landesverteidigung auf unverminderter Höhe seiner Zahl und seiner Ausbildung erhalten bleiben müsse. Aber noch ein anderer Gesichtspunkt von allgemeinem Interesse ist gelegentlich der Verhandlungen über den status quo des Mittelmeergeschwaders und seine kriegsgemäße Verwendung zur Sprache gekommen. In begeisterter Rede wies nämlich der Deputierte M. Reille auf die außerordentliche Bedeutung hin, die sich Frankreich mit so großen Opfern an Zeit und Geld in dem neubefestigten und erweiterten Bizerta geschaffen habe, und wie in diesem Stützpunkte die Basis des Entscheidungskampfes und der Endpunkt der von Toulon über Korsika festgelegten strategischen Linie zu sehen sei. Diese Befestigungen an der nordafrikanischen Küste, so führte M. Reille weiter aus, seien aber auch notwendig, und mit ihnen müsse ein starkes, allzeit kriegsbereites Geschwader im Mittelmeer erhalten bleiben, nachdem die Abmachungen zur Kenntnis der Regierung gelangt seien, die England für den Kriegsfall bezüglich Truppenlandungen von Malta und Gibraltar aus an der Küste Algeriens und von Tunis vorbereitet habe. Es kommt hier als Tatsache hinzu, daß England schon seit langer Zeit im Stillen immer mehr an der Vergrößerung und fortifikatorischen Verstärkung seiner beiden vorgenannten Flottenstationen im Mittelländischen Meere arbeitet und dazu sein hier stationiertes Geschwader nicht nur der Zahl, sondern auch der Qualität seiner Schiffe nach allmählich so verstärkt, daß die erhöhte Wachsamkeit der französischen Regierung an der südlichen Landesgrenze, vom politischen und militärischen Gesichtspunkte aus, nur gerechtfertigt erscheinen kann. Auch darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß ein Auf-Kriegsfuß-Setzen des französischen Mittelmeergeschwaders erst nach erfolgter Mobilmachung infolge der nachteiligen Hafenverhältnisse von Toulon vermieden werden muß. Auch auf die Wichtigkeit dieses Gesichtspunktes hat M. Reille in seinen Ausführungen hingewiesen, indem er aussprach, daß die französische Mittelmeerflotte im Hafen von Toulon unfehlbar (infaillibilement) eingeschlossen sein werde, falls sie nicht im stande sei, schon eine Stunde nach ausgesprochener Kriegserklärung den Hafen zu verlassen.

Vom Gesichtspunkte der Qualität aus steht die französische Flotte unstreitig auf hoher Stufe und braucht keinen Gegner zu fürchten. Insonderheit gilt dies von dem Material, das den Kern des Mittelmeergeschwaders bildet. Zu ihm gehören von den 10 Schlachtschiffen erster Klasse des gegenwärtigen Bestandes 6, und unter ihnen sind die drei Panzer vom Charlemagnetyp durchaus homogener Konstruktion. Einige bauliche und artilleristische Verbesserungen, die an ihnen demnächst vorgenommen werden sollen, werden ihre Modernisierung vervollständigen. Auch der „Suffren", das neueste Linienschiff der französischen Flotte, soll, neuesten Nachrichten zufolge, in den Verband des Mittelmeergeschwaders treten, und das Gleiche soll der Fall sein, wenn die beiden im Bau befindlichen Schlachtschiffe der République-Klasse fertig sein werden. Ueber die Verteilung der 15 Panzerkreuzer, die Frankreich zur Zeit in mehr oder weniger vorgeschrittenem Bau hat, sind endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen, vermutlich wohl auch deshalb nicht, weil sich ihre Fertigstellung unter dem gegenwärtigen Regime schwerlich voraussehen läßt. Darin liegt ja überhaupt unzweifelhaft eine große Gefahr für die Weiterentwicklung des Kriegsschiffsbaues in Frankreich, und folgerichtig auch für die Bereitschaft einer immer auf der Höhe der Zeit stehenden Kriegsflotte, daß die Tendenzen des dortigen Bauprogramms nicht ständig denselben geraden Weg verfolgen können, sondern wechseln und schwanken, je nach dem Fahrwasser, in welchem sich der Ideengang des jeweilig am Ruder befindlichen Marineministers auf und ab bewegt. Dabei muß man aber doch dem gegenwärtigen Marineminister wenigstens insofern Gerechtigkeit widerfahren lassen, als er — und diese Tatsache steht im Widerspruche zu allen bisherigen Veröffentlichungen in der Presse — die Baufortsetzung der drei bereits bewilligten und schon begonnenen Schlachtschiffe „Démocratie", „Justice" und „Vérité" nicht inhibiert hat, sondern dieselbe vielmehr ungestört zu Ende führen lassen will. Da Minister Pelletan jedoch, wie bekannt, ein Gegner des Schlachtschiffsbaues ist und die Wehrkraft Frankreichs zur See gern einer starken Kreuzerflotte übertragen sehen möchte, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß er die Zeit seiner Eigenschaft als Marineminister dazu benutzen wird, diesen seinen Anschauungen weiteste Verbreitung und neue Anhänger zu verschaffen.

Neben den Anhängern des Kreuzerbaues stört noch eine dritte Kategorie von Strömungen die ruhige und gleichmäßige Entwicklung und Lösung von großen schiffbautechnischen Fragen. Diese Gruppe umfaßt alle diejenigen, die zur Fahne der Unterseeboote schwören und in diesen Fahrzeugen eine glorreiche Zukunft Frankreichs auf dem Meere voraussehen wollen.

Wie dem aber auch sein mag, und wie unentschieden auch in mancherlei Hinsicht der Kriegsschiffsbau in Frankreich zur Zeit noch liegt, das eine darf als feststehend angesehen werden, daß mit den 140 Schiffen, die die französische Marine gegenwärtig in Dienst hat, sie befähigt sein wird, ein gewichtiges Wort in den Gang kriegerischer Ereignisse zu werfen.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 8. Januar. Wie uns telegraphisch aus Berlin berichtet wird, läßt sich das „Berliner Tageblatt" von hier melden, die Nationalliberalen in Sachsen würden bei den nächsten Reichstagwahlen sich entweder der Stimmen enthalten oder in überwiegender Mehrheit für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Damit dürfte das Kartell in Sachsen tatsächlich gescheitert sein. — Da das „Berliner Tageblatt" Feuer und Flamme für die Rettung des „Liberalismus" durch einen Bund mit der Sozialdemokratie ist, so ist es begreiflich genug, daß es von einem Leipziger Gesinnungsgenossen einen derartigen Bären über die Beschlüsse der sächsischen Nationalliberalen sich aufbinden läßt. Die Enttäuschung wird nicht ausbleiben, auch wenn das Kartell in Sachsen in die Brüche geht, worüber jedenfalls das „Berliner Tageblatt" nicht früher wird berichten können als die sächsische Presse.

△ **Berlin**, 8. Januar. Aus der Statistik der Heilbehandlung auf Kosten der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen für 1897 bis 1901 geht hervor, wie ein Heilerfolg, so daß Invalidität in absehbarer Zeit nicht zu besorgen (§ 5 des Invalidenversicherungsgesetzes) bei Abschluß des Heilverfahrens auf je 100 wegen Lungentuberkulose (bezw. wegen anderer Krankheiten) ständig behandelter Männer und Frauen in den fünf Berichtsjahren 68 (69), 74 (73), 74 (71), 72 (72) und 77 (74) Mal erzielt wurde. Bei den wegen Lungentuberkulose (bezw. wegen anderer Krankheiten) ständig behandelten und kontrollierten Personen hat der im Jahre 1897, 1898, 1899, 1900 und 1901 in 62 (59), 44 (44), 30 (39), 30 (36) und 27 (34), der 1898 erzielte Heilerfolg bis zum Schlusse der Jahre 1898, 1899, 1900 und 1901 in 68 (66), 45 (48), 39 (44) und 34 (41), der 1899 erzielte Heilerfolg bis zum Schlusse 1899, 1900 und 1901 in 67 (61), 48 (47) und 41 (43), der 1900 erzielte bis zum Schlusse der Jahre 1900 und 1901 in 66 (64) und 50 (50), der in 1901 erzielte bis zum Schlusse dieses Jahres in 72 (68) von je 100 Fällen anzuhalten. Die Anfangserfolge für Lungentuberkulöse und andere Kranke wichen in den einzelnen Jahren nur unwesentlich von einander ab, in 1901 sind sie am günstigsten gewesen. Die Jahre 1898, 1899, 1900 und 1901 brachten durchweg bessere Ergebnisse in Bezug auf Dauererfolge als das Jahr 1897, was jedenfalls auf die sorgfältigere Auswahl des Krankenmaterials auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen zurückzuführen ist.

* **Berlin**, 8. Januar. Die „Nationalliberale Jugend", die Monatsschrift des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugendvereine, sagt in einem Rückblicke auf die Zollkämpfe und ihre Zwischenfälle: Zum ersten Male bei uns sind die überhitzten Parteileidenschaften völlig aus dem Rahmen sachlicher Debatte gesprungen und haben sich bis hart an die Grenze der Realinjurien zu Obstruktionsmaßregeln hinreißen lassen, deren wüste Brutalität nur noch gelegentlich übertroffen wurde durch die kindisch-läppische Art, mit der diese Bestrebungen in die Erscheinung traten. Lange genug ließ sich die Mehrheit durch den unsachlichen Mißbrauch der Geschäftsordnung schikanieren, mit welchem die Minderheit die Beratungen bis ins Uferlose zu verschleppen suchte; sie wollte anscheinend nicht Gleiches mit Gleichem vergelten — endlich riß ihr die Geduld, und sie gab die empfangenen Schläge wieder zurück. Und das mit um so größerem Rechte, als die amtlichen Befugnisse der Präsidialgewalt satzungsgemäß einstweilen nicht so weit gestreckt sind, daß sie derartige Obstruktionsgelüste im Schach halten könnte. Solchen Gelüsten gegenüber befand sich daher die Mehrheit in einer fatalen Zwangslage; sie hatte zu wählen zwischen zwei Uebels, nämlich zwischen der Aufgabe der Gesetzesvorlage und der Anwendung eines geschäftsordnungsmäßigen Rechtes, das gerade in diesem Augenblick um so unliebsamer erscheinen mußte, als es eine peinliche Aehnlichkeit hatte mit der Obstruktionstaktik der Gegner. Sind nun diese Gegner, wie gesagt, in der Minderheit und füllen sie noch dazu die Luft mit dem Geschrei, daß sie die Interessen des Volkes verteidigen, so begreift man leicht, wenn sich die Sympathien der Menge gegen den Stärkeren erklären. Es ist deshalb ferner ganz natürlich, daß die gegnerische Presse, mit besonderer Rücksicht auf die kommenden Wahlen, dieses psychologische Moment ausbeutet und damit, ohne sich Unkosten aufzuerlegen, in breiten Schichten der Bevölkerung Anklang findet. Letzteres umsomehr, als sie ihre Entrüstung durch schwer verständliche sachliche Gründe zu stützen für überflüssig hält. Ja, die guten Gründe scheinen den Gegnern überhaupt stark zu fehlen, denn selbst der energischsten Nachfrage gegenüber verhalten sie sich wie Falstaff: „Mit Gewalt Gründe angeben! Wenn Gründe so gemein wären wie Brombeeren, so sollte mir doch keiner mit Gewalt einen Grund abnötigen, mein!" In der Tat liegt denn die Sache auch so, daß die Gegner einen ungeheuren Entrüstungsrummel inszeniert haben ohne stichhaltige Gründe, aber mit vortrefflichen Schlagworten. Brotwucher, Vergewaltigung der Geschäftsordnung, Erdrosselung der parlamentarischen Minderheit! Wie das klingt! Im Munde der Gegner beziffert man solche Kritik, besonders augenblicklich, wohl mit Recht als Stimmungswert oder Parteitaktik. Was aber soll man dazu sagen, wenn solche Posaunen im eigenen Lager ertönen? Die nationalliberale Fraktion, die in patriotischer Selbstlosigkeit zum Schutz der Würde unseres Reichstages und in pflichtgemäßer Erfüllung ihrer Eisenacher Beschlüsse, die Führung der Majorität übernommen hat, findet in der Partei selbst mehrfach eine Kritik, die ebenso ungerecht wie auch — nach den Ergebnissen des Delegiertentages — völlig unsachlich ist. Die Fraktion soll umgefallen sein; worin denn? Sie hat einfach ihre Pflicht getan; freilich mußte sie zu diesem Zwecke einen Weg wählen, den wir vorher als „kleineres Uebel" gekennzeichnet haben. Aber konnte sie anders? Sie befand sich eben in einer Zwangslage. Sie befand sich in Notwehr. Die absprechende Kritik ist billig, ungebener billig. Haben alle die Verdammungsurteile auch nur ein einziges Mittel genannt, das an die Stelle des von der Fraktion gewählten hätte gesetzt werden können? Nein und abermals nein!

* **Berlin**, 8. Januar. Eine Denkschrift zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist dem Bundesrate vom Geschäftsausschuß des Deutschen Aerztevereinsbundes mit folgendem Begleitschreiben übersandt worden:

„Der im Juli v. J. in Königsberg abgehaltene 30. Deutsche Aerztetag, auf welchem die Stimmen von nahezu 19 000 deutschen Aerzten vertreten waren, hat den Beschluß gefaßt, beim hohen Bundesrate zu beantragen, daß zur Beratung der Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes Vertreter der Aerzteschaft, welche von dieser gewählt werden, beigezogen werden. Die vom Reichsamt des Innern bestätigten Vorarbeiten dürften bald so weit abgeschlossen sein, daß die Ausarbeitung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz in Angriff genommen wird. Die Umsetzung des Krankenversicherungsgesetzes in das praktische Leben ruht zum großen Teil auf den Schultern der Aerzte. Ohne Arzt kann keine Krankenkasse die ihr vom Gesetze auferlegten Pflichten erfüllen. Durch die Erfahrungen, welche die Aerzte während der 18 Jahre des Bestehens des Krankenversicherungsgesetzes gesammelt haben, sind sie gewiß in der Lage, bei der als notwendig erkannten Abänderung eines für das gesamte Volkswohl so eminent wichtigen Gesetzes praktische Winke und Anregungen zu geben. Denn einerseits sind die Aerzte vermöge ihres Berufes an die Beobachtung gewöhnt, sprechen die Versicherten nicht bloß bei der Arbeit, sondern besuchen sie auch in ihren Wohnungen, kennen ihre häuslichen Verhältnisse und verfolgen ihr Familienleben; anderseits stoßen sie bei der Behandlung der Krankenkassenmitglieder tagtäglich auf Mißstände, Unzuträglichkeiten und auf Gebräuche, die sich — mit dem Geiste des sozialen Gesetzes unvereinbar — durch die Art der Kranken, durch die Gesetzgebung selbst und durch die Art der Ausführung des Gesetzes herausbildeten, nicht zuletzt sind die Aerzte selbst durch das Krankenversicherungsgesetz in ihrem Erwerbsleben und ihrer sozialen Stellung in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen, daß es nicht unberechtigt erscheint, wenn sie auch ihre Interessen selbst zu vertreten wünschen. Im modernen Staatsleben finden wir den Grundsatz ausgeprägt, bei den verschiedensten Angelegenheiten die beteiligten Kreise beizuziehen. Auf Grund dieser Erwägungen bitten wir den hohen Bundesrat: Zur Beratung der Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes die Beiziehung von Vertretern der deutschen Aerzteschaft zu veranlassen, welche von dieser gewählt werden. Wir erklären uns gleichzeitig bereit, geeignet erscheinende und im Krankenkassenwesen besonders erfahrene Aerzte in Vorschlag zu bringen".

Die Denkschrift soll auch allen Mitgliedern des Reichstages zugestellt werden, sobald die Sitzungen wieder aufgenommen worden sind.

⊙ **Berlin**, 8. Januar. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel beim **Kaiser** waren Staatsminister Budde und General von Schwarzkoppen geladen. Nachmittags besuchte der Kaiser die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche und machte daran anschließend eine Spazierfahrt. Zur Abendtafel waren der Reichskanzler Graf von Bülow und der Staatssekretär von Tirpitz geladen. — Heute morgen unternahm der Kaiser einen Spaziergang im Tiergarten, hatte eine Besprechung im Reichskanzlerpalais mit dem Reichskanzler und hörte im königlichen Schlosse die Vorträge des Kriegsministers von Goßler und des Chefs des Militärkabinetts Graf von Hülsen-Häseler. Um 11 Uhr 45 Min. begab der Kaiser sich mit Sonderzug nach Hannover.

⊙ **Berlin**, 8. Januar. (Telegramm.) In der heutigen Sitzung des **Bundesrates** wurde den Ausschußberichten zugestimmt über die Vorlage, betreffend die Entbindung ausländischer Dampfschiffe von den für Auswandererschiffe vorgesehenen Kesselrevisionen, über den Entwurf des Etats über die Expedition nach Ostasien zum Reichshaushaltsetat für 1903, dem Entwurf des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1903. Ferner wurde den Ausschußberichten über die Entwürfe von den Etats zum Reichshaushaltsetat für 1903 und zwar des Auswärtigen Amtes, der Reichsschuld, sowie des Gesetzes, betr. die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1903, die Zustimmung erteilt.

⊙ **Berlin**, 8. Januar. (Telegramm.) Das **Staatsministerium** trat heute unter dem Vorsitz des Grafen v. Bülow zu einer Sitzung zusammen.

⊙ **Berlin**, 8. Januar. (Telegramm.) Graf **Pückler** wurde heute wegen Beleidigung des Gastwirts „Zum goldenen Löwen" in Hottwil (Kanton Aargau) in der Schweiz, Jean Ette und seiner Angestellten Hausti, von denen er behauptet hatte, sie hätten ihn durch vergiftete Suppe töten wollen, vom Schöffengericht des Amtsgerichts I zu 450 ℳ Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

⊙ **Hannover**, 8. Januar. (Telegramm.) Der **Kaiser** ist mit Gefolge heute nachmittag ½5 Uhr hier eingetroffen und hat sich, von dem zahlreich versammelten Publikum lebhaft begrüßt, nach dem Residenzschloß begeben.

A. **Gera**, 8. Januar. Die streikenden Kassenärzte suchen ihr Verhalten wie folgt zu rechtfertigen: Die Kassenärzte erhalten eine äußerst geringfügige Pauschalsumme, die von ihrer Kommission auf die Einzelleistungen verteilt wird. Die Bezahlung würde aber unter das zulässige Mindestmaß heruntergedrückt, wenn Aerzte mit an dem Pauschquantum Anteil hätten, bei denen, wie bei den Naturärzten, schon durch die total verschiedene Behandlungsmethode eine ganz andersartige und nicht kontrollierbare Rechnungsaufstellung unabwendbar wäre. Eine gerechte Verteilung ist nur möglich auf Grund einer gemeinsamen Arbeitsart. Da der Kassenvorstand mit Rücksicht hierauf erklärte, an die Anstellung eines Naturarztes sei nicht zu denken, unterschrieben die Kassenärzte den neuen Vertrag, aus dem infolge dieser Erklärung die die Naturärzte ausschließende Klausel wegblieb. Wenige Tage nach Unterzeichnung des Kontraktes stellte aber der Kassenvorstand den Naturarzt Dr. Engelmann an, ohne die Kassenärzte vorher davon verständigt zu haben. Hierin erblicken die Aerzte einen groben Vertrauensbruch. Erst nachdem verschiedene Ausgleichs- und Einigungsvorschläge zurückgewiesen seien, hätten sie verlangt, daß nur die Aerztekommission über Neuanstellungen zu entscheiden habe, und erst, als auch dieser Vorschlag abgelehnt worden, hätten sie ihre Tätigkeit eingestellt. — Selbst die Richtigkeit dieser Darstellung zugegeben, so haben doch die Aerzte den Wortlaut des Vertrags gegen sich und ein hiesiges Blatt fragt, weshalb ein Hydrotherapeut, der nicht selbst massiere, Packungen mache usw., sondern nur ordiniere, außerhalb des Pauschales stehen müsse. Und jedenfalls rechtfertigt auch eine solche Sachlage noch keinen Streik.

z. **Greiz**, 8. Januar. (Privattelegramm.) Der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach traf hier heute mit Gefolge ein und wurde am Bahnhofe vom Oberbürgermeister Thomas begrüßt. Zum Empfange war der Fürst-Regent erschienen, der mit seinem Gaste nach dem Schlosse fuhr. Die Bevölkerung brachte dem Großherzoge stürmische Huldigungen dar.

* **Kattowitz**, 8. Januar. Auf einer, der Kattowitzer Aktiengesellschaft gehörigen Grube brach heute früh ein Ausstand aus. Von 500 Bergleuten sind 350 ausständig. Auch auf der Redensblickgrube ist ein Teil der Arbeiter nicht eingefahren. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung. (Voss. Ztg.)

* **Rottenburg**, 7. Januar. Der Bischof Keppler von Rottenburg hat am Neujahrstage, als die Geistlichen des Rottenburger Landkapitels sich zur Gratulation bei ihrem Oberhirten eingefunden hatten, wieder einmal geredet und gesagt:

Er könne ihnen keine bessere Losung für das neue Jahr mitgeben, als das johanneische Wort: „Glaubet nicht jedem Geiste,